

Bundesbeschluss vom 29. September 2023 über den Ausbauschnitt 2023 für die Nationalstrassen

Ein reibungsloser Verkehrsfluss ist essenziell, um Ausweichverkehr in die Dörfer zu vermeiden, der oft zu überfüllten Straßen und einer erhöhten Unfallgefahr führt. Insbesondere die alarmierenden Zahlen von über 48.000 Staustunden auf den Autobahnen im Jahr 2023, die einen Anstieg von über 22% im Vergleich zum Vorjahr darstellen, verdeutlichen die Dringlichkeit von Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation. Die Tatsache, dass über 85% dieser Staustunden auf Verkehrsüberlastungen zurückzuführen sind, zeigt, wie wichtig es ist, die Kapazitäten des Nationalstrassennetzes zu erweitern.

Die damit verbundenen jährlichen Kosten von 1,2 Milliarden Franken für die Schweiz sind ein zusätzliches Argument für die Notwendigkeit von Investitionen und Reformen im Verkehrssektor. Die Finanzierung erfolgt durch die Nutzer der Strassen, was bedeutet, dass die Einnahmen aus der Autobahn-Vignette und den Kraftstoffsteuern direkt in die Verbesserung und Instandhaltung des Strassennetzes fließen. Diese zweckgebundenen Mittel stellen sicher, dass für diese Ausbauten kein Steuergeld aus der Staatskasse gebraucht wird.

www.zusammen-vorwaertskommen.ch

Änderung vom 29. September 2023 des Obligationenrechts (Mietrecht: Untermiete)

Es ist in der Tat wichtig, Abmachungen schriftlich festzuhalten und klare Kriterien für die Untervermietung zu definieren. Dies schafft Transparenz und Sicherheit sowohl für Mieter als auch Vermieter. Wenn Mieter ihre Wohnungen zu überhöhten Preisen untervermieten, beispielsweise über Plattformen wie Airbnb oder für Business-Apartments, kann dies nicht nur zu einer ungerechten Bereicherung führen, sondern auch die ohnehin angespannte Wohnungssituation verschärfen. Darüber hinaus können häufige Untermieterwechsel für die anderen Mieter in einem Gebäude störend sein, da sie das Gemeinschaftsgefühl beeinträchtigen und zu Unsicherheiten führen können. Insgesamt fördert eine klare Regelung der Untervermietung ein harmonisches Zusammenleben und trägt dazu bei, die Wohnsituation für alle Beteiligten zu verbessern.

Änderung vom 29. September 2023 des Obligationenrechts (Mietrecht: Kündigung wegen Eigenbedarfs)

Die neuen Regelungen zielen darauf ab, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Rechten der Eigentümer und dem Schutz der Mieter zu schaffen. Vermieter, die in Immobilien investieren, haben ein berechtigtes Interesse daran, ihre Wohnungen selbst nutzen zu können, vor allem wenn sie diese mit eigenen Mitteln erworben haben. Um jedoch Missbrauch zu verhindern, ist es entscheidend, dass Eigenbedarfskündigungen klar definiert und nicht willkürlich eingesetzt werden. Ein transparenter und fairer Prozess ist unerlässlich, um das Vertrauen zwischen Mietern und Vermietern zu stärken. Dies kann durch klare Vorgaben und Kommunikationswege erreicht werden, die beiden Parteien eine faire Plattform bieten. Ziel ist es, ein harmonisches Zusammenleben zu fördern, das sowohl den Bedürfnissen der Mieter als auch den Interessen der Eigentümer gerecht wird.

www.mehr-wohnraum.ch/2-x-ja-zum-mietrecht/

Änderung vom 22. Dezember 2023 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) (Einheitliche Finanzierung der Leistungen)

Diese Vorlage ist erneut ein Versuch dem jährlichen Anstieg der hohen Gesundheitskosten entgegenzuwirken. Die Reform zur einheitlichen Finanzierung, die auch die Pflegeleistungen einbezieht, hat das Potenzial, die Effizienz und Qualität der Gesundheitsversorgung erheblich zu steigern. Durch die ausgewogene Verteilung der Gesundheitskosten zwischen Prämien- und Steuerzahlenden wird eine gerechtere und nachhaltigere Finanzierung des Gesundheitssystems angestrebt. Dies könnte langfristig sowohl den Versicherten als auch der gesamten Gesellschaft zugutekommen, indem die Gesundheitsversorgung verbessert und die finanziellen Belastungen reduziert werden.